

1. Finanzbericht 2012

des Oberbürgermeisters, vorgetragen in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am Mittwoch, 25. Juli 2012

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
meine Damen und Herren!

Es scheint mir erst vor Kurzem gewesen, dass ich an dieser Stelle meine erste Haushaltsrede an Sie gehalten habe. Fast vorbei geflogen zeigt sich das erste Halbjahr, in dem viel passiert ist – sowohl positive „Highlights“ wie das Landeskinderturnfest am vergangenen Wochenende, aber auch traurige Ereignisse, die für immer einen Schatten auf diese Monate werfen werden.

Es scheint ein in vieler Hinsicht „durchwachsenes“ erstes Halbjahr, das sich bisher noch nicht richtig einordnen lässt – weder als besonders gut noch als ausgesprochen schlecht. Das lässt sich jetzt ohne Weiteres auf fast alle Situationen vom Verlauf der diesjährigen Fußball-EM bis hin zum Frühling und Sommeranfang 2012 sagen.

Auf europäischer Ebene wechseln sich Erfolgsmeldungen über vordergründig gefundene Lösungen mit neuen Krisenmeldungen ab, auf Bundesebene liefern sich Regierungskoalition und Opposition hitzige Debatten zu Themen, zu denen die meisten Bürger nur noch den Kopf schüt-

tein. Der Geldmarkt und die offensichtliche Abhängigkeit von ihm beeinflussen inzwischen fast alle politischen Entscheidungen in Europa. Über den kurzfristigen Nutzen aber langfristige Auswirkungen möglicher Instrumente, die Staatsschuldenkrise in den Griff zu bekommen, streiten sich Volkswirtschaftler, Banker und Politiker.

Eine vernünftige Lösung, die allen Bürgern in Europa gerecht wird und dabei völlig unterschiedliche Lebensumstände von Skandinavien bis nach Südosteuropa berücksichtigt, ist sicherlich schwer in die Realität umsetzbar und mag Manchen nur als fernes Ziel gelten. Das Modell „Europäische Union“ ist aber nicht nur eine Vision vom friedlichen, gut nachbarschaftlichen Miteinander verschiedener Völker. Von Anfang an waren wirtschaftliche Interessen ein zentraler Antrieb, nicht umsonst startete die Union zunächst als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG. Zunächst von dem Gedanken an Frieden durch Wohlstand innerhalb Europas getragen ist die Wirtschaftsunion heute notwendig, um im globalen Wettstreit nicht an den Rand gedrängt zu werden.

Tatsache ist:

Die europäische Staatsschuldenkrise wird allen Bürgern in Europa Opfer abverlangen, anders wird sie nicht zu bewältigen sein. Selbstverständlich ist es richtig, von den vertragsbrüchigen Partnern ihren Beitrag zur Wiedergutmachung einzufordern. Dieser Beitrag wird vermutlich aber bei Weitem nicht ausreichen, um aus der Krise herauszukommen. So werden letztlich diejenigen einen viel größeren Beitrag leisten, die vom Fortbestand der Währungsunion zumindest heute noch den größeren Vorteil haben und weiterhin erwarten.

Hier haben nicht nur die Regierungen derjenigen Staaten versagt, die seit der Euro-Einführung inzwischen 10 Jahre lang mit enormen Schuldenanhäufungen bei niedrigen Zinsen ihren Bürgern Aufschwung und Wohlstand nur mit Prestigeprojekten vorgaukelten, ihren Konsumhaushalt mit Krediten finanzierten, aber keinerlei nachhaltige Strukturen aufbauten. Hier haben auch völlig unzureichende Kontrollmechanismen versagt, ganz zu Schweigen davon, dass die Berichte des Europäischen Rechnungshofes immer wieder Verschwendungsbeispiele aufdeckten.

Die spät und schmerzhaft zu ziehende Lehre aus der Krise ist, dass leicht zu bekommendes Geld offensichtlich auf jeder Ebene staatlichen Handelns auch schon immer schnell, oft genug leichtfertig ausgegeben wurde. Vernunft, Maßhalten und Sparsamkeit sind die Tugenden, die sich schnell „hausbacken“ anhören und meistens als pessimistisch, miesepetrig und ewige Nörgerei dargestellt werden. Haushaltsdisziplin muss aber offensichtlich in ganz Europa angeordnet werden, um überhaupt aus dieser Krise wieder herauszukommen.

Allein mit Sparen und Kürzen – das wissen wir jedoch auch schon – wird man die Krise nicht bewältigen. Es bedarf wenig Weitsicht um einzusehen, dass mit hoher Arbeitslosenquote auch keine üppigen Steuereinnahmen erzielt werden können. Es ist nur wenige Jahre her (nämlich 7 Jahre: es war 2005), dass in Deutschland bei hoher Arbeitslosigkeit, schwacher Konsumnachfrage und zögerlicher Investitionsbereitschaft der Wirtschaft die Konjunkturprognosen eher gedämpft ausfielen. Das schwache Wirtschaftswachstum wirkte sich umgehend äußerst negativ auf die Steueranteile und Zuweisungen im FAG aus und kam damit sofort auf jeder Ebene - Bund, Ländern und auch uns Kommunen - an. Im Gegensatz zu damals hat sich die deutsche und vor allem die baden-

württembergische Wirtschaft von der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise so schnell erholt, dass sämtliche Prognosen des letzten Jahres auf den Kopf gestellt sind. Grund dafür sind stabile Strukturen in Handwerk und Wirtschaft, zu denen aber auch die arbeitsmarktpolitischen und sozialrechtlichen Reformen der letzten Jahre beigetragen haben. Hier haben unsere Arbeitnehmer, Rentner und auch der öffentliche Dienst in den Jahren zuvor einige „bittere Pillen“ schlucken müssen.

Möglicherweise kann die Krise derzeit tatsächlich nicht mehr anders beendet werden als durch die Übernahme von Schulden einzelner Mitglieder in die Gemeinschaft. Gleichzeitig müssen aber strukturelle Mängel und Defizite in den Griff bekommen und abgestellt werden. Nur so kann die immer größere Staatsverschuldung eingedämmt und wieder abgebaut werden.

Fiskalpakt, Rettungsschirm, Europäischer Stabilitätsmechanismus - Wie wirkt sich dies alles auf uns aus? Ist Deutschland ein Musterschüler und das Vorbild für alle oder müssen auch wir aus dem Geschehen unsere Lehren ziehen? Die deutsche Staatsverschuldung liegt mit inzwischen über 2 Billionen Euro deutlich über der zulässigen Maastricht-Grenze von 60 % des BIP – nämlich bei 80 %.

Nach dem Fiskalpakt müssen alle Mitgliedsstaaten dafür sorgen, dass sie ihre Haushaltspolitik ausgeglichen gestalten und Schuldenbremsen in ihrem Haushaltsrecht verankern. Deutschland hat den Fiskalpakt bereits unterzeichnet und sich zur Einhaltung der Vereinbarungen verpflichtet. Diese Verpflichtungen müssen außerdem innerstaatlich – auf die Länderebene – weitergegeben werden. Die Kommunen sind hier noch nicht

direkt betroffen, spätestens aber dann, wenn es um die finanziellen Verflechtungen von Kommunen und Land im Finanzausgleich geht.

Der Städtetag hat bereits versucht, die Auswirkungen des Fiskalpakts und der damit im Zusammenhang ausgehandelten Kompensationsleistungen des Bundes für die baden-württembergischen Kommunen darzustellen. Klar ist bisher jedoch nur, dass sich die Auswirkungen noch nicht beziffern lassen. Die Finanzverhandlungen zur Beteiligung der Kommunen an der Konsolidierung des Landeshaushalts durch Vorwegentnahmen aus dem FAG sind ohne konkretes Ergebnis auf September vertagt. Die Kommunen müssen aufpassen, dass ihnen nicht noch mit Hinweis auf europäische Vorgaben Finanzmittel entzogen werden um den Landeshaushalt zu sanieren, sie aber selbst in eine immer größer werdende Verschuldung getrieben werden.

Wenden wir uns der aktuellen Steuerschätzung von Anfang Mai zu. Sie passt in das verhalten positive Bild des ersten Halbjahres. Die Konjunkturprognose der Bundesregierung fällt mit einem erwarteten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,2 % nur wenig günstiger als die vorherige Annahme aus, aber eben auch nicht schlechter. Aufgrund der deutlichen Verbesserung der Arbeitsmarktlage konnten die Bruttolöhne deutlich nach oben korrigiert werden. Insgesamt fallen die Prognosen für die Folgejahre ab 2013 günstiger aus als bisher geschätzt.

In der Umrechnung auf Baden-Württemberg ergeben sich für die kommunalen Finanzen nur wenige konkrete Änderungen im aktuellen Jahr. Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft geht von Verbesserungen in Höhe von insgesamt 110 Mio. € in 2012 aus, die zum größten Teil aus dem Einkommensteueranteil stammen werden und uns etwa 150 Tsd. €

Mehreinnahmen für unseren Haushalt beschereen könnten. Die übrigen Zuweisungen oder Kopfbeträge werden voraussichtlich nicht verändert.

Wie stellen sich nun die aktuellen Zahlen nach dem 2. Quartal in unserem städtischen Ergebnishaushalt dar?

Gewerbesteuer

Mit der Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes von 320 auf 350 v.H. der Messbeträge liegen wir aktuell bei 28,3 Mio. € veranlagten Gesamteinnahmen. Damit ist das Jahresziel noch nicht ganz erreicht, es fehlen jedoch noch die üblicherweise über das 3. Quartal verstreut eintreffenden Bescheide zum Abschluss des vorangegangenen Jahres 2011. Nachdem es bisher ausschließlich positive Signale zum Verlauf des letzten Jahres gab, gehen wir davon aus, dass wir den Ansatz gut erreichen werden.

Einkommensteuer

Die Kommunen erhalten 15 % des Landesaufkommens an der Einkommensteuer. Bei Aufstellung des Haushaltsplans ging man von einem Betrag von 4,35 Mrd. € aus. Nach der Maisteuerschätzung können wir mit Zuweisungen aus 4,4 Mrd. € rechnen, was unsere Einnahmen von 12,86 Mio. € erstmals auf knapp über 13 Mio. € ansteigen lassen könnte. Mit den bisherigen Zuweisungen für die beiden ersten Quartale haben wir schon jetzt mit 6,82 Mio. € mehr als die Hälfte erreicht, wobei das vierte Quartal in der Regel das aufkommenstärkste ist.

Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer ist von der Binnennachfrage beeinflusst; der Gemeindeanteil beträgt im 1. Halbjahr insgesamt 263 Mio. €. Im 1. Halbjahr 2011 waren es „nur“ 245 Mio. €, das ist ein Plus von 7,3 %. Die Steigerung spiegelt die positiven Tendenzen wider, allerdings ist sie auch schon im Haushaltserlass berücksichtigt gewesen. Aktuell haben wir mit 1,45 Mio. € noch nicht ganz die Hälfte (48,7 %) des Jahresansatzes vereinnahmen können.

Grundsteuer, Hundesteuer, Vergnügungssteuer

verlaufen erwartungsgemäß und liegen im Plan, ebenso wie

Sonstige Erträge und Entgelte, Erstattungen usw.

Zum Schluss des ersten Halbjahres lässt sich feststellen, dass uns bisher keine gravierenden Einbußen bei Steuereinnahmen, Zuweisungen oder Erträgen jeglicher Art bekannt geworden sind. Sofern keine deutlichen Verwerfungen auftreten dürfte die Erträgesseite des Ergebnishaushalts somit planmäßig verlaufen. Nachdem wir aber in den letzten Jahren hier immer wieder – leider auch unliebsame - Überraschungen erlebten, kann sicherlich erst im 2. Finanzbericht hierzu Konkretes gesagt werden.

Die **Aufwendungen des Ergebnishaushalts** lassen sich nach wie vor in große Blöcke unterteilen

- | | |
|--|-------------------|
| – steuerkraftbezogene Umlagen mit | 34,5 Mio. € |
| – Personalausgaben mit | 19,0 Mio. € und |
| – Sachausgaben, Transferleistungen, Umlagen an Zweckverbände usw. mit | 25,2 Mio. € sowie |
| – Abschreibungen, die wir in diesem Jahr noch nicht erwirtschaften können, mit | 5,3 Mio. € |

Nach Ablauf des I. Halbjahres können wir davon ausgehen, dass die Ansätze eingehalten werden können. Dies ist für den Bereich der Personalausgaben eine beachtliche Feststellung, da die jüngsten Tarifabschlüsse und Vereinbarungen doch eine erhebliche Mehrbelastung beinhalteten. Im 2. Halbjahr muss trotzdem ein besonderes Augenmerk auf die weitere Personalentwicklung gehalten werden.

Bei einer Gesamtbetrachtung des Ergebnishaushalts kann der Schluss gezogen werden, dass die Ansätze bei Erträgen und Aufwendungen eingehalten und die vorgegebenen Sparziele zumindest in diesem Jahr erreicht werden können. Das erst vor kurzem vom Regierungspräsidium mit der Haushaltsgenehmigung insoweit akzeptierte Minus in unserem ersten Doppik-Haushalt wird sich somit voraussichtlich nicht verschlechtern.

Soweit zum Ergebnishaushalt.

Im Finanzhaushalt werden alle zahlungswirksamen Vorgänge des Ergebnishaushalts nochmals dargestellt, das heißt: die nicht zahlungswirksamen Buchungen für Abschreibung und Auflösung bleiben außen vor.

Außerdem sind im Finanzhaushalt Investitionen und Investitionszuschüsse dargestellt. Nachdem wir die Verschuldung so gering wie möglich halten wollen, sind - wie Sie wissen - insgesamt nur wenige Investitionsmaßnahmen im diesjährigen Haushalt vorgesehen. Der nasse Jah-

resbeginn und strenge Frost haben – wie auch die späte Verabschiedung und Genehmigung des Haushalts – mit einer langen Interimszeit dazu geführt, dass noch nicht allzu viele Mittel im investiven Bereich abgeflossen sind. Etliche Maßnahmen, die nicht mehr zu Lasten des letzten kameralen Haushalts 2011 abgeschlossen werden konnten, mussten im neuen Haushalt nochmals aufgenommen werden. Nicht immer stimmte die Schätzung über die notwendigen Beträge, aber im Großen und Ganzen passt es bisher. Im Spätjahr werden wir voraussichtlich – sofern es die Finanzlage erlaubt – einen Nachtragshaushalt einbringen, der die Abweichungen dann korrigiert.

Insgesamt lässt sich zur Entwicklung des Gesamtfinanzhaushaltes sagen, dass das erste Halbjahr bisher erwartungsgemäß verlief. Der Ergebnishaushalt führt dabei bisher zu einer Abnahme der Finanzierungsmittel um rd. 1 Mio. €, die Auszahlungen im Investitionsbereich sowie planmäßige Darlehenstilgungen um weitere rd. 2,1 Mio. €. Insgesamt verringerten sich die vorhandenen Finanzierungsmittel im Halbjahresergebnis um rd. 3,1 Mio. €.

Einen Teil der genehmigten Kreditaufnahmen noch aus dem alten Jahr 2011 und 2012 werden wir deshalb zunächst für den Stadthaushalt aufnehmen. Hierzu haben Sie zur heutigen Tagesordnung bereits Vorschläge erhalten. Die Rückführung des Gründungsdarlehens aus dem Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung werden wir – bei unveränderter Entwicklung der Finanzen – dann nach der Sommerpause angehen, solange kann der Eigenbetrieb seine Zinszahlungen ebenso gut noch an den Stadthaushalt leisten. Spätestens bis zum Jahresende werden wir die veranschlagte Rückführung des Gründungsdarlehens aus dem Eigenbe-

trieb Abwasserbeseitigung vornehmen müssen, um die Abdeckung des ergebnisbedingten Defizits aus Eigenmitteln zu sichern.

Ein Minus im Ergebnishaushalt kann und darf natürlich nicht zum Dauerzustand werden. Alles zuvor Gesagte zu europäischen Schulden und zu nachhaltigen Strukturen muss selbstverständlich auch für uns selbst gelten. Der Gesamtrahmen des Handelns – ob auf kommunaler oder staatlicher Ebene – muss sich langfristig an den erzielbaren Einnahmen orientieren, sonst drohen Überschuldung und Bankrott. Übrigens passierte dies auch in Deutschland schon, Beispiele kommunaler Überschuldung gibt es bereits in der Historie. So hat sich die Stadt Mainz im 15. Jahrhundert (im Jahr 1446) wegen immens hoher Schulden ihrer Nachbarstadt und größten Gläubiger Frankfurt zum Kauf angeboten. Schließlich verlor die Stadt infolge der Finanzkrise ihre Freiheit und wurde dem Erzbischof unterstellt. Jüngstes Beispiel unserer Zeit ist die Gemeinde Aulendorf.

Der immense Einbruch an Steuereinnahmen im letzten Jahr könnte wohl von keiner Kommune unserer Größenordnung einfach bewältigt werden. Die dadurch weg gebrochene Eigenfinanzierung für notwendige Investitionen kann kurzfristig nur durch Darlehensaufnahmen ersetzt werden, zum Glück haben wir aufgrund der bisher niedrigen Verschuldung im Stadthaushalt diesen Spielraum noch. Das kann aber nur für ein oder zwei Jahre als Begründung für Kreditaufnahmen gelten, spätestens dann muss sich unser Handeln den neuen Gegebenheiten angepasst haben.

Was auf europäischer und staatlicher Ebene gefordert wird, muss auch für uns selbst gelten:

- Schuldenerhöhung zur Überwindung einer Krise ist kein Dauermittel;
- Schulden müssen in einem absehbaren Zeitraum wieder abgebaut werden;
- die Ausgabenstruktur muss umgehend dem kleiner gewordenen Finanzrahmen angepasst werden.

In meiner Haushaltsrede vom 08. Februar habe ich deshalb für den ins Leben gerufenen Arbeitskreis Haushalt einige Rahmenbedingungen aufgestellt, auf die wir insgesamt hinarbeiten müssen. Ich will kurz auf diese Punkte eingehen und darstellen, wo wir aktuell stehen:

1. Rückführung der jährlichen Personalkostensteigerung bis 2016

Es sieht aktuell so aus, dass wir das Etappenziel 2012 mit dem verminderten Zuwachs von 500 Tsd. € erreichen können.

2. Weitere Reduzierung der Sachausgaben ab 2013

Hierzu müssen noch weitere Maßnahmen ergriffen werden. Entsprechende Vorschläge sollen in Kürze mit Ortschaftsräten und auch einigen Vereinen erörtert werden.

3. Begrenzung des Investitionsprogramms

Ist im aktuellen Haushalt eingearbeitet und soll auch im Nachtrag nicht überschritten werden.

4. Schuldendienst für Zins und Tilgung maximal 1 Mio. €

Mit den bisherigen und den heute aufzunehmenden Darlehen kann diese Vorgabe eingehalten werden.

5. Rückführung des Gründungsdarlehens vom EB Abwasserbeseit.

Wird mit dem für 2012 vorgesehenen Teilbetrag im 2. Halbjahr erfolgen müssen.

Als Fazit lässt sich ziehen, dass Stand heute die für 2012 gesteckten Einsparziele erreicht werden und wir auf der Grundlage eines ohne böse Überraschungen verlaufenen 1. Halbjahres einigermaßen ruhig in das 2. Halbjahr nach der Sommerpause starten können. Grund für eine Abkehr vom vorsichtigem Kurs gibt es jedoch nicht, so dass weiterhin ein sparsamer und vorsichtiger Umgang mit den verfügbaren Mitteln geboten ist. Im 2. Halbjahr – ich erwähnte es vorhin – werden wir uns für den Investitionsbereich mit der einen oder anderen Korrektur in einem Nachtragsentwurf befassen. Daneben gilt es aber auch bereits, den Haushaltsplan für das nächste Jahr 2013 zu entwerfen. Entlastung winkt dabei nur von den in diesem Jahr immens hohen Umlagen, außerdem dürfen wir im Haushaltserlass des Finanz- und Wirtschaftsministers aufgrund der günstigen Prognosen mit höheren Zuweisungen und Kopfbeträgen rechnen. Trotzdem wird der Haushalt 2013 im Konsolidierungskonzept bleiben müssen, um mit der dauerhaft niedrigeren Finanzkraft auszukommen und keine neuen Schulden mehr aufzubauen, sondern die vorhandenen zu tilgen. Spätestens dabei wird sichtbar werden, wo im 2. Halbjahr noch verstärkt an unserem strukturellen Defizit gearbeitet werden muss:

- Wir haben die Ansätze für Instandhaltung und Reparaturen an Gebäuden, Inventar und Geräten für dieses Jahr deutlich reduziert. Es muss uns noch in diesem Jahr gelingen, Anzahl und Standards unserer Leistungen zu reduzieren, sonst sind die Ausgabenkürzungen dieses Jah-

res nur die aufgeschobenen und teuer nachzuholenden Aufwendungen der Folgejahre.

- Das Angebot von neuen, zusätzlichen Freiwilligkeitsleistungen muss ausgesetzt werden, wenn wir die Streichung von bisher gewährten sozialen Vergünstigungen nicht ad absurdum führen wollen.
- Für die Erhaltung von gemeinsam genutzten Freizeit- und Sportanlagen müssen wir mit Vereinen und privat engagierten Personen zu neuen Lösungen kommen, wenn wir Einsparungen im öffentlichen Haushalt erzielen wollen.
- Die Aufstellung des Haushalts 2013 und Folgejahre ohne Neuverschuldung wird nur gelingen, wenn wir uns mit nachhaltigen Änderungen unseres Leistungsspektrums und Konsumverzicht befassen. Jede nicht verwirklichte Einsparung wird unser Defizit und die Verschuldung hoch halten und damit gegen das Prinzip der Generationengerechtigkeit verstoßen. Anders ausgedrückt: Wir verzehren sonst heute die Lebensgrundlage unserer Kinder, die später unseren jetzigen Konsum bezahlen müssen.

Bis heute fanden drei Sitzungen des Arbeitskreises Haushalt statt, in denen erste, bisher eher kurzfristig umsetzbare Vorschläge diskutiert wurden. Einige Vorschläge wurden bereits durch Gemeinderatsbeschlüsse umgesetzt, für die ich Ihnen danke. Damit haben wir bereits verschiedene unpopuläre Schritte getan, für die wir sehr viel Aufmerksamkeit und natürlich keinen Beifall erhalten haben. Die Streichung von Zuschüssen

bei Kinder- und Schülerbeförderung oder die Reduzierung des Einheimischenabschlags an der Musikschule sind uns allen nicht leicht gefallen.

Ich danke Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, dafür, dass Sie den Weg mitgegangen sind. Diese ersten Streichungen sollten uns Ansporn sein, dann bei den noch vor uns liegenden Themenfeldern nicht nachzulassen. Vermutlich werden die weiteren Entscheidungen nicht leichter fallen und Lösungen schwerer zu finden sein.

Albert Einstein hat einmal gesagt: „Wir können Probleme nicht mit den Denkmustern lösen, die zu ihnen geführt haben.“ In diesem Sinne wünsche ich uns Erkenntnis und Kreativität für das vor uns liegende zweite Halbjahr und bedanke mich auch im Namen von Bürgermeister Wolfgang Jokerst und meiner Verwaltung für das Vertrauen, das Sie uns bisher bereits entgegen gebracht haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Hubert Schnurr
Oberbürgermeister